

**D 43**

**Antrag des Bundesvorstandes**

**„Chancen für Alle –  
Bildung. Arbeit. Wohlstand.“**

1 CHANCEN FÜR ALLE - BILDUNG. ARBEIT. WOHLSTAND.

2

3 Die Menschen in Deutschland können wieder optimistisch in die Zukunft schauen. Deutsch-  
4 land befindet sich im Aufschwung. Die Politik des „Reformierens, Sanierens und Investierens“  
5 ist erfolgreich. Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik gab es einen höheren Beschäf-  
6 tigungsstand. Noch nie seit der Wiedervereinigung ist die Arbeitslosigkeit so stark zurückge-  
7 gangen. Mehr Jugendliche kommen in Arbeit, mehr ältere Arbeitnehmer sind wieder ins Er-  
8 werbsleben integriert. Das zeigt: Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.

9

#### 10 **Kurs halten – Grundlagen des Aufschwungs stärken**

11

12 Wir dürfen den Aufschwung jetzt nicht verspielen, sondern müssen ihn stärken. Die SPD stellt  
13 in diesen Tagen und Wochen vieles in Frage. Die CDU wird Kurs halten. Mit uns wird es eine  
14 Abkehr von dem Kurs der Mitte, der die Wachstumskräfte in unserem Land stärkt und jedem  
15 Einzelnen Chancen eröffnet, nicht geben.

16

17 Wir sehen die große Koalition in der Verantwortung, sich den Herausforderungen zu stellen.  
18 Dies gelingt nicht ohne das Vertrauen der Menschen. Vertrauen baut auf Verlässlichkeit auf.  
19 Deshalb macht die CDU deutlich, wofür sie eintritt und sagt genauso klar, was mit ihr nicht zu  
20 machen ist.

21

22 Wir wollen Arbeit für alle und Chancen für alle. Dabei stehen für uns folgende Handlungsfel-  
23 der im Vordergrund.

24

#### 25 **1. Solide Staatsfinanzen**

26 Generationengerechtigkeit beginnt mit einer soliden Haushaltspolitik. Verschuldung ist unso-  
27 zial. Wir können uns nur so viel leisten, wie wir leisten.

28

29 Was mit uns nicht zu machen ist

30 Die Mentalität, Wünschenswertes mit Schulden zu finanzieren und Mehreinnahmen für Kon-  
31 sumausgaben zu verplanen, muss durchbrochen werden. Eine Abkehr vom Kurs der Haus-  
32 haltskonsolidierung verbunden mit falschen Versprechungen ist mit uns nicht zu machen.

33 Wofür wir eintreten

34 Unser Ziel ist Schritt für Schritt den Haushalt zu konsolidieren und Handlungsspielräume zu  
35 vergrößern: Das Ziel, spätestens 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen, darf  
36 auf keinen Fall gefährdet werden. Zudem setzen wir uns für ein grundsätzliches Neuverschul-  
37 dungsverbot ein, das die Möglichkeiten der Neuverschuldung auf unabweisbare Ausnahme-  
38 tatbestände begrenzt.

39

## 40 **2. Senkung der Lohnzusatzkosten**

41 Ein Prozent weniger Lohnzusatzkosten schafft bis zu 100 000 neue Stellen. Wir haben deshalb  
42 den Arbeitslosenversicherungsbeitrag in einem Jahr fast halbiert – von 6,5 Prozent auf  
43 3,3 Prozent zum 1. Januar 2008. Bürger und Unternehmen werden ab dem nächsten Jahr um  
44 über 12 Mrd. Euro netto gegenüber dem Beginn dieser Legislatur entlastet. Für einen Durch-  
45 schnittsverdiener bedeutet dies 270 Euro mehr netto im Jahr!

46

47 Die Lohnzusatzkosten sind durch die bislang getroffenen Maßnahmen insgesamt unter  
48 40 Prozent gesenkt, der Arbeitgeberbeitrag liegt schon seit Anfang dieses Jahres unter 20 Pro-  
49 zent. Dies bringt mehr Nettolohn für Arbeitnehmer und weniger Lohnkosten für Arbeitgeber.

50

51 Was mit uns nicht zu machen ist

52 Ein Aufweichen der Grundsatzentscheidung zur Rente mit 67 lehnen wir ab. Mit der Reform  
53 schaffen wir Stabilität und Verlässlichkeit im Rentensystem. Ebenso wenig wird es mit uns  
54 eine erneute Diskussion über die beschlossene Gesundheitsreform geben. In einem ersten  
55 Schritt werden endlich zum 1. Januar 2009 die Beiträge für die Krankenversicherung von den  
56 Arbeitskosten entkoppelt. Das war lange überfällig und stabilisiert die Beiträge.

57

58 Wofür wir eintreten

59 Wir werden den Kurs der Beitragssenkung konsequent fortsetzen. Wenn es zum  
60 1. Januar 2009 zusätzliche Spielräume für eine weitere Senkung bei den Sozialversicherungs-  
61 beiträgen gibt, werden wir diese nutzen.

62 **3. Aufstieg und Teilhabe durch Bildung**

63 Leistung und Begabung sollen über die Zukunft entscheiden, nicht Herkunft und Vermögen.  
64 Deshalb stehen wir für eine Gesellschaft, die jedem Chancen und Aufstieg eröffnet. Jedem  
65 muss zu jeder Zeit der Aufstieg durch Bildung offen stehen. Wir bekennen uns zu Leistungsli-  
66 ten.

67

68 Was mit uns nicht zu machen ist

69 Wir lehnen die Einheitsschule für alle ab. Wir stehen zur Vielfalt der Bildungswege in  
70 Deutschland. Eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage lehnen wir ebenso ab wie eine allge-  
71 meine Subventionierung betrieblicher Ausbildung.

72

73 Wofür wir eintreten

74 Wir wollen die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher erreichen. Dazu gehören mehr Praxis-  
75 angebote schon in der Schule. Dies muss jetzt zügig umgesetzt werden.

76

77 Um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen zu erhöhen, führen wir  
78 den Ausbildungspakt fort. Auch er hat in diesem Jahr dazu geführt, dass über eine halbe Mil-  
79 lion Lehrstellen bereitgestellt worden sind. Für uns ist aber auch klar: Neben den Unterneh-  
80 men müssen auch die Gewerkschaften ihren Beitrag leisten. Es ist nicht akzeptabel, dass die  
81 Vertreter der Arbeitnehmer abseits stehen. Die Gewerkschaften sollen dem Ausbildungspakt  
82 für junge Menschen beitreten.

83

84 Damit Altbewerber mit schlechten persönlichen Chancen auf dem Ausbildungsmarkt einen  
85 Berufsabschluss erreichen können, wollen wir Betriebe, die diesen benachteiligten jungen  
86 Menschen einen Ausbildungsvertrag geben, in einer zeitlich befristeten Kraftanstrengung ge-  
87 zielt unterstützen.

88

89 Jeder Mensch muss unabhängig von seinem Alter und seinem Abschluss die eigene Qualifika-  
90 tion verbessern können. Wer den Berufsabschluss hat, muss den „Meister“ machen können.  
91 Wer Facharbeiter oder Handwerksgeselle ist und die entsprechenden Voraussetzungen mit-  
92 bringt, muss studieren können. Deshalb streben wir eine Weiterentwicklung des „Meister-  
93 BAföG“ an. Wir wollen, dass begabten und motivierten Absolventen der Berufsbildung überall  
94 faire und transparente Zugangsbedingungen zu Hochschulen offen stehen.

95 Für Kinder und junge Menschen aus Migrationsfamilien und aus sogenannten bildungsfernen  
96 Familien sind Bildung und Ausbildung die zentralen Instrumente für Integration in die Gesell-  
97 schaft und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel ist, den Anteil der Migranten an den  
98 verschiedenen Qualifikationsstufen deutlich zu erhöhen und dem Bevölkerungsdurchschnitt  
99 anzunähern. Dazu bedarf es mehr individueller Förderung. Am Anfang steht das Beherrschen  
100 der deutschen Sprache. Wir wollen, dass künftig kein Kind mehr seinen Schulbesuch ohne aus-  
101 reichende Sprachkenntnisse beginnt. Und wir setzen uns dafür ein, dass auch die Eltern dieser  
102 Kinder die deutsche Sprache erlernen.

103

#### 104 **4. Vorfahrt für Arbeit!**

105 Flexibilität und Sicherheit sind die Leitplanken unserer Arbeitsmarktpolitik. Dabei müssen  
106 sowohl die Arbeitssuchenden die Chance bekommen, einen Arbeitsplatz zu finden als auch die  
107 Beschäftigten die nötige Sicherheit des Arbeitsplatzes erhalten.

108

109 Was mit uns nicht zu machen ist

110 Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der  
111 sorgt dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen. Deshalb wird es mit der  
112 CDU Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben.

113

114 Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Viele Arbeitnehmer finden erst über die Zeitarbeit wie-  
115 der eine Festanstellung. Wir werden nicht zulassen, dass diese insgesamt positive Entwicklung  
116 durch neue Strangulierungen, wie sie der SPD-Parteitag beschlossen hat, abgewürgt wird.

117

118 Wofür wir eintreten

119 Die rd. 80 Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen einer strikten Prüfung unter-  
120 zogen werden. Das, was sich als wirksam erweist, wird fortgesetzt. Das, was unwirksam und  
121 ineffizient ist, wird abgeschafft. Eine deutliche Reduzierung der Arbeitsmarktinstrumente auf  
122 weniger als die Hälfte ist sinnvoll und möglich.

123

124 Wir brauchen ein verständliches Arbeitsgesetzbuch, das insbesondere in kleinen und mittel-  
125 ständischen Betrieben Beschäftigung sichert und fördert und das Arbeitsrecht handhabbarer  
126 macht. Es geht um einen fairen Ausgleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen der Ar-  
127 beitnehmer und den Beschäftigungschancen der Arbeitssuchenden. Jeder Beschäftigte und

128 jeder Arbeitssuchende muss auf den ersten Blick erkennen können, welche Rechte und welche  
129 Pflichten er hat. Jeder Unternehmer muss wissen, was bei einer Neueinstellung auf ihn zu-  
130 kommt.

131

132 Sittenwidrige Löhne müssen verboten werden. Die CDU setzt sich für ein Mindesteinkommen  
133 in Deutschland ein. Für uns gilt: Wer arbeitet muss mehr haben, als wer nicht arbeitet. Um Ar-  
134beitsplätze auch für Geringqualifizierte zu sichern oder zu schaffen, soll sich das Mindestein-  
135kommen aus einer Kombination von Lohn und Lohnzuschuss zusammensetzen.

136

137 Wir wollen eine Änderung der Hinzuverdienstregeln im Bereich des Arbeitslosengeldes II. Es  
138 sind mehr Anreize notwendig, nicht in Passivität oder Minijobs zu verharren, sondern Hinzu-  
139verdienste und Arbeitseinsatz in Richtung einer Vollerwerbstätigkeit zu steigern.

140

141 Die Teilhabe von Arbeitnehmern an Gewinn und Kapital ihrer Unternehmen ist eine Antwort  
142 auf die veränderten Arbeitsbedingungen in der globalisierten Welt. Sie bietet den Arbeitneh-  
143mern die Chance, privates Vermögen aufzubauen. Dieser Investivlohn kann Arbeitsplätze si-  
144cherer machen, weil er zudem die Identifikation zwischen Unternehmen und Mitarbeitern er-  
145höht. Unser zentraler Ansatz zur Förderung dieser Form der Arbeitnehmerbeteiligung ist die  
146 nachgelagerte Besteuerung.

147

148 Der Kurs Vorfahrt für Arbeit ist zugleich ein wichtiges Signal für die Rentenversicherten: Je  
149 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, desto höhere mögliche Rentensteigerungen.  
150 Je mehr Einzahler, desto stabiler die Rentenbeiträge.

151

152 Unsere Beschlüsse von Leipzig, Düsseldorf und Dresden stehen für Vorfahrt für Arbeit und  
153 geben den richtigen Rahmen für Sicherheit und Flexibilität am Arbeitsmarkt vor.

154

## 155 **5. Attraktive Steuerpolitik**

156 Die Steuerpolitik ist ein zentraler Hebel zur Aktivierung unserer Volkswirtschaft, zur Leis-  
157tungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft und zur Handlungsfähigkeit des Staates.

158 Was mit uns nicht zu machen ist

159 Plänen der SPD zur Erhöhung der Einkommenssteuer sowie zur erneuten Erhebung und  
160 Verbreiterung einer Vermögenssteuer erteilen wir eine klare Absage. Deutschland braucht  
161 keine Neiddebatten, sondern ein Bekenntnis zu Leistung und Verantwortung.

162

163 Wofür wir eintreten

164 Die Reform der Unternehmensteuer stärkt den Standort Deutschland: Internationale Unter-  
165 nehmen aber auch der Mittelstand finden verbesserte Rahmenbedingungen, um in unserem  
166 Land zu investieren.

167

168 Wir halten fest am Ziel einer Einkommenssteuerreform nach den Prinzipien: einfach, niedrig,  
169 gerecht. Ein Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen fördert Leistung und Initiative und er-  
170 möglicht, Vorsorge zur Absicherung von Lebensrisiken zu treffen.

171

172 Die Bundesregierung fördert steuerlich haushaltsnahe Dienstleistungen, private Aufwendun-  
173 gen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen und Kinderbetreuungskosten. Wir wol-  
174 len neue Beschäftigungschancen schaffen, in dem wir Privathaushalte als Arbeit- und Auf-  
175 traggeber steuerlich fördern. Dadurch machen wir legale Arbeit attraktiver und dämmen die  
176 Schwarzarbeit ein. Aufwendungen privater Haushalte für sozialversicherungspflichtige oder  
177 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sollen zukünftig uneingeschränkt von der steuerli-  
178 chen Bemessungsgrundlage abgezogen werden können, Aufwendungen für Aufträge im Be-  
179 reich haushaltsnaher Dienstleistungen sollen zu zwei Dritteln (max. 4000 Euro) abzugsfähig  
180 sein. Hier geht es nicht um Privilegien für wenige, sondern um neue Chancen für Viele.

181

182 **6. Bezahlbare und sichere Energie**

183 Die ausreichende Versorgung mit sicherer Energie zu erschwinglichen Preisen gehört zu den  
184 unverzichtbaren Grundlagen einer gesicherten wirtschaftlichen Entwicklung.

185

186 Was mit uns nicht zu machen ist

187 Für uns haben beim Klimaschutz marktwirtschaftliche Instrumente Vorrang vor ordnungs-  
188 rechtlichen Eingriffen. Wir wollen mehr Anreize, weniger Ge- und Verbote. Eine Zwangsab-

189 gabe von Vermietern, zur kostenintensiven Sanierung ihrer Immobilien, wird es mit uns nicht  
190 geben.

191

192 Wofür wir eintreten

193 Ungerechtfertigten Preissteigerungen werden wir konsequent begegnen. So müssen sich  
194 Stromerzeuger darauf einstellen, dass wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit jede  
195 Preiserhöhung zunächst in Frage stellen und begründet wissen wollen. Die Verschärfung des  
196 Kartellrechts findet deshalb unsere volle Unterstützung. Unser Ziel ist, durch einen fairen  
197 Wettbewerb auf dem Energiemarkt die Position der Bürger als Kunden zu stärken und auch  
198 für die Betriebe eine national wie international wettbewerbsfähige Energieversorgung zu ge-  
199 währleisten. Für uns bleibt die Kernenergie eine Brückentechnologie, bis neue klimafreundli-  
200 che und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Im Rahmen  
201 unserer Klimaschutzstrategie streben wir eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kraftwerken  
202 an. Dies halten wir auch vor dem Hintergrund der Strompreisentwicklungen für geboten.

203

#### 204 **7. Bürokratieabbau konsequent vorantreiben**

205 Eine der großen Chancen der großen Koalition ist es, beim Bürokratieabbau einen großen  
206 Schritt nach vorne zu kommen. Mit den Mittelstandsentlastungsgesetzen und der Einrichtung  
207 eines Normenkontrollrats zur Bewertung der Bürokratiefolgen von Gesetzen hat die Bundes-  
208 regierung dies wie keine Regierung zuvor ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt.

209

210 Was mit uns nicht zu machen ist

211 Neue Gesetze, die beschlossen werden, dürfen nicht zu einem mehr an unnötiger Bürokratie  
212 führen. Wir werden weiter darauf achten, dass die Gesetzgebung der Europäischen Union  
213 nicht überbordende Bürokratie schafft.

214

215 Wofür wir eintreten

216 Wir haben uns klare Ziele der Reduktion gegenwärtiger Bürokratiekosten in Deutschland ge-  
217 setzt: Bis 2011 wollen wir sie um ein Viertel reduzieren; bis 2009 wollen wir die Hälfte dieses  
218 Ziels erreicht haben. Zuerst werden wir – im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und  
219 Verbänden – die 50 gesamtwirtschaftlich kostenträchtigsten Informationspflichten abbauen  
220 oder vereinfachen. Dabei werden wir stets im Auge behalten, dass die Entlastung für die

221 Betroffenen spürbar wirkt. Deshalb überprüfen wir in gleicher Weise bis Ende 2009 auch die  
222 weiteren wesentlichen Informationspflichten.

223

224 **CDU hält Kurs auf Wachstum und Beschäftigung**

225

226 Die Politik der CDU in der Bundesregierung führt zu Wachstum und Beschäftigung. Denn nur  
227 so lassen sich die Grundlagen für eine soziale und menschliche Gesellschaft dauerhaft sichern.

228 Die CDU bleibt die Kraft der Vernunft und Motor des Handelns. Wir sind die Volkspartei der  
229 Mitte.